

Die dunkle Seite der Ökonomie

Das Versagen der politischen Steuerung

von Jürgen Turek

In seinem neuen, brandaktuellen Buch lenkt der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Joseph *Stiglitz* einen höchst beunruhigten Blick auf das Gravitationszentrum globaler Macht und konstatiert dabei das Versagen der internationalen politischen Akteure in der Weltwirtschaft.

Für den führenden Wirtschaftsberater der Clinton-Regierung zwischen 1993 und 1997 und ehemaligen Chefvolkswirt der Weltbank stellt sich die entscheidende Frage, wie das Zusammenwachsen der Volkswirtschaften im Prozess der Globalisierung politisch legitimiert und effektiver vollzogen werden kann, insbesondere von Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF).

Seine Ausgangsthese ist: Die Ideologie freier Märkte und die Interessen der Finanzbranche sowie multinationaler Unternehmen dominieren letztlich alles. Die Politik vermag es demgegenüber nicht, den durch Liberalisierung und Deregulierung forcierten Prozess der ökonomischen Globalisierung zu steuern. Das bedeutet, die Machtzentren verschieben

sich in subtiler und weitgehend unsichtbarer Weise von der politischen auf die wirtschaftliche Ebene und auf ihre machtvollen Akteure und Institutionen.

Stiglitz, der heute an der Columbia Universität in New York lehrt, zelebriert eine punktgenaue Analyse, um seine Thesen zu belegen. Für ihn sind

Russland, Mittel- und Osteuropa, Asien oder Argentinien Beispiele für die „Flurschäden“ des seit Anfang der neunziger Jahre auf dem Globus wütenden ökonomischen Wirbelsturms namens Globalisierung. Die Entwicklungen in diesen Ländern sind für ihn der fulminante Beweis, dass das Regime der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik auf

ganzer Linie versagt habe. Ausgangspunkt ist für *Stiglitz* die Arroganz der klassischen Nationalökonomie, die immer behauptet habe, dass das angelsächsisch ausgerichtete Instrumentarium der Wirtschaftssteuerung global wirksam sein kann. Ihre zentrale Aussage sei immer gewesen: wenn diese Länder ihr ineffizientes Wirtschaftssystem abschaffen würden, kämen Wohlstand und soziale



Staatliche und institutionelle Eingriffe in die Weltwirtschaft.

Stabilität. Insbesondere der IWF lenkte Prozesse über stabilitätspolitische Vorgaben, doch nichts sei geschehen. Im Gegenteil, das Bruttosozialprodukt etwa in Russland sei um 40 Prozent gesunken, die Kinderarmut sei gestiegen, Lebenserwartung und -qualität seien signifikant abgesackt.

Die Politik des IWF und des amerikanischen Finanzministeriums im Kontext der Asien-Krise sind für *Stiglitz* ein weiterer und deutlicher Beleg dafür, dass das System der internationalen Finanzarchitektur für viele Fehlentwicklungen in den Schwellenländern selbst verantwortlich sei. Indem beide Institutionen die Aufmerksamkeit auf Schwächen der Krisenländer richteten, lenkten sie nicht nur von eigenen Fehlern ab, sondern sie versuchten auch, die Ereignisse zu nutzen, um ihre eigene Agenda voranzubringen. Er bringt das Ergebnis dieser Politik auf die griffige Formel: Der IWF versprach Wohlstand – er brachte Armut.

Neben den Legitimationsschwächen der Finanz- und Wirtschaftspolitik bereiten *Stiglitz* auch die fehlenden Impulse für eine wirksame Entwicklungspolitik Sorge. Er sieht einen verhängnisvollen Rückzug der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik auf die Rezepte der entwickelten OECD-Welt, die aber den besonderen Bedürfnissen unterschiedlich entwickelter Länder niemals gerecht geworden seien.

Den Verfasser wundert es daher nicht, dass sich eine Protestwelle gegen das Regime der internationalen Wirtschafts(un)ordnung formiert. Damit ist er im Übrigen nicht allein:

eine wachsende Zahl nicht nur von Chaoten oder Sonderlingen hat den Widerstand gegen die Globalisierung auf ihre Fahnen geschrieben. Und nicht irgendwelche namenlosen Globalisierungskritiker stehen hier an vorderster Front: Die prominenteste Kritik in Form der Nichtregierungsorganisation ATTAC vereint mittlerweile über die Hälfte der französischen Parlamentarier, und eine Anzahl bekannter Namen füllt hier das Parkett. George *Soros*, der König der Devisenspekulanten, Peter *Glutz*, Edward *Luttwak*, Viviane *Forrestier*, Ulrich *Beck* oder Benjamin *Barber* – um nur einige der prominentesten Kritiker mit leisen oder lauten Tönen in der Publizistik zu nennen – bevölkern mittlerweile mit zum Teil sogar zornigem Ton zusätzlich die antiglobalistische Szenerie. *Stiglitz* reiht sich mit seiner auf praktischer Erfahrung und theoretischem Wissen beruhenden Analyse dabei in einer äußerst bemerkenswerten Form ein, setzt dabei aber durch Ansatz und Umfang seiner Analyse auch neue Akzente, insbesondere mit Blick auf die Entwicklungsländer. Die sozialen Diskontinuitäten allerorten und die Vernachlässigung der wenig entwickelten Welt werden für ihn zur Herausforderung für ein neues Konzept einer nachhaltigen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Vor diesem Hintergrund hat *Stiglitz* ein leidenschaftliches Plädoyer für einen Dritten Weg zwischen Neoliberalismus und Staatsinterventionismus verfasst, mit dem er die Forderung nach mehr bzw. einer besseren „governance“, einer Reform der internationalen Finanzinstitutionen und

einer effektiveren Entwicklungspolitik verknüpft. Es ist das Konzept für eine Globalisierung mit „menschlichem Antlitz“, das den Verfasser unwillkürlich an das in der Versenkung verschwundene Schröder-Blair-Papier und dessen im Grunde guten Absichten denken lässt. Es ist hilfreich, dass eine so prominente Figur wie Joseph *Stiglitz* hier die Diskussion wieder belebt und sich nicht nur auf die Konstitution der kapitalistisch durchorganisierten westlichen Welt kapriziert, sondern auch das Schicksal der unterentwickelten Welt in sein „Manifest“ für eine bessere und gerechtere Zukunft einbezieht.

Joseph Stiglitz, Die Schatten der Globalisierung, Siedler: Berlin 2002, 256 S., 19,90 EUR.

Eine neue Welthandelsrunde

STORMY MILDNER

Klaus Günter Deutsch und Bernhard Speyer (Hrsg.), The World Trade Organization Millennium Round. Freer Trade in the twenty-first century, Routledge: New York 2001, 304 S., 100,00 \$.

Die vierte Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation, die im November 2001 in Doha (Katar) stattfand, kann als Erfolg gewertet werden. Zum einen hat sie den Beginn einer neuen Verhandlungsrunde eingeleitet, in deren Mittelpunkt entwicklungspolitische Themen stehen – ein Erfolg, der nach dem Scheitern des Beginns einer Millenniumsrunde beim Ministertreffen in Seattle immer unwahrscheinlicher geworden war. Zum andern ist es zu einer Stärkung des Handelssystems gekommen, so-

wohl durch die Aufnahme neuer Themen wie Wettbewerb und Investitionen als auch durch die beschlossene Aufnahme neuer Mitglieder wie China und Taiwan.

Die von Klaus Günter *Deutsch* und Bernhard *Speyer* herausgegebene Aufsatzsammlung steht jedoch noch im Schatten der gescheiterten Ministerkonferenz in Seattle, wobei hier die Ursachen für das Scheitern untersucht und die zukünftigen Chancen des multilateralen Handelssystems bewertet werden. Des Weiteren wird ein Überblick über die Handelspolitik und Ziele der wichtigen Akteure und die zentralen Politikfelder gegeben, die auch heute, während der Doha-Entwicklungsrunde, im Mittelpunkt stehen.

Blickt man auf die derzeitige internationale Handelsagenda, so stehen die Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EU sowie der Stahlkonflikt und seine Auswirkungen auf die WTO-Runde im Zentrum der Aufmerksamkeit. Sowohl Andreas *Falke* als auch Henry *Nau* versuchen in ihren Beiträgen, die amerikanische Handelspolitik der neunziger Jahre zu erklären. *Falke* stellt dabei fest, dass Handelspolitik ein interessengeleiteter Prozess ist, der eher unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes gesehen werden muss. So würde sich auch erklären, warum Ende der neunziger Jahre, trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung in den USA, der Kongresspräsident Bill *Clinton* die Handelsvollmacht („Fast-track“) verweigert hat und die Regierung nicht in der Lage war, den Beginn einer neuen Runde zu bewir-

ken. Auch die europäische Handelspolitik, argumentiert *Deutsch*, sei interessengeleitet, wobei es sich hier nicht nur um ein so genanntes „two level game“, sondern um ein „three level game“ handelt, bei dem Verhandlungen auf nationaler Ebene, zwischen den EU-Mitgliedstaaten und auf multilateraler Ebene stattfinden. Wie in den USA spielen auch hier neue Akteure und Themen wie Umwelt und Soziales eine wichtige Rolle. Da die Schlussfolgerungen des Rates für Allgemeine Angelegenheiten der EU vom 26. Oktober 1999 auch Grundlage der gemeinsamen handelspolitischen Position der EU vor Doha waren, bekommt man einen guten Einblick in die Handelspolitik und Interessen der EU.

Ebenfalls weit oben auf der internationalen Tagesordnung und im Mittelpunkt der Handelsrunde stehen entwicklungspolitische Fragen, gerade auch im Hinblick auf den Ende August stattfindenden Weltgipfel zur nachhaltigen Entwicklung (Rio+10). J. Michael *Finger* und Philip *Schuler* zufolge fordern die Entwicklungsländer eine Beschleunigung der Liberalisierung im Bereich Landwirtschaft und Textilien sowie technische Hilfe bei der Umsetzung der Abkommen der Uruguay-Runde. Hingegen stehen sie unter anderem der fortschreitenden Liberalisierung der Finanzdienstleistungen, wie Wendy *Dobson* ausführt, kritisch gegenüber. Innerhalb eines Kompromisses, der sowohl den Industrieländern als auch den Entwicklungsländern gerecht wird, plädiert sie für eine weitere Liberalisierung unter besonderer Berücksichtigung

der Finanzstabilität und einer Beschleunigung der Reform und Stabilisierung der Finanzmärkte in den Entwicklungsländern.

Eine zentrale Rolle in der Doha-Entwicklungsrunde nimmt die Landwirtschaft ein. Auf Grund von Multifunktionalität, Biodiversität, dem Vorsorgeprinzip und Konsumentenschutz werden sich hier die Verhandlungen nicht einfach gestalten, wie Stefan *Tangermann* schildert. Dennoch ist er vorsichtig optimistisch, gerade in Hinblick auf bereits durchgeführte nationale Reformen, was sich durch die EU-internen Verhandlungen über eine Landwirtschaftsreform heute zu bestätigen scheint.

Weniger optimistisch sieht Stephen *Woolcock* die Chancen für ein multilaterales Rahmenwerk über Investitionen und Handel; auch Phedon *Nicolaidis* ist im Bereich Wettbewerbsregeln eher pessimistisch und erwartet vielmehr den Ausbau bilateraler und regionaler Abkommen. Falls es dennoch zu einem multilateralen Rahmenwerk kommen sollte, würde dies seiner Meinung nach substanzlos sein. Beide Themenbereiche sind als so genannte neue Themen in die Entwicklungsrunde aufgenommen worden; ob jedoch ein substantielles Rahmenwerk geschaffen werden kann, entscheidet sich erst nach der fünften WTO-Ministerkonferenz, nach der Verhandlungen auf Basis eines Konsenses in beiden Bereichen stattfinden sollen. Letztlich bleiben institutionelle Belange und die Reform der WTO wichtige Fragen innerhalb der internationalen Handelsagenda. Wie wirkt sich z.B. die Erweiterung der WTO-

Mitgliedschaft, insbesondere durch China, auf die WTO aus? Wie sollen die Entscheidungsprozesse in der WTO zukünftig gestaltet werden? Betrachtet man das Aufnahmeverfahren der WTO, gerade in Hinblick auf China, muss man ebenso fragen, ob das Verfahren nicht generell beschleunigt und transparenter gestaltet werden sollte. Im Hinblick auf Streitfälle wie den „Bananenstreit“ zwischen den USA und der EU muss ebenfalls diskutiert werden, ob der Streitlichtungsmechanismus der WTO als befriedigend bewertet oder wie er effektiver gestaltet werden kann.

Viele der zentralen Fragestellungen und Themen des Bandes stehen demnach immer noch im Mittelpunkt der internationalen handelspolitischen Agenda und der derzeitigen WTO-Verhandlungen. Der Band stellt daher einen guten Querschnitt durch die relevanten Themen rund um die WTO dar. Bedauerlich ist nur, dass die neuesten Entwicklungen auf Grund des Erscheinungsdatums des Buches nicht mehr berücksichtigt werden konnten. Interessant wäre z.B. ein Vergleich gewesen, warum Seattle gescheitert ist, während Doha zum Beginn einer neuen Handelsrunde geführt hat. Welche Rolle haben dabei die Ereignisse des 11. September und das sich abschwächende Weltwirtschaftswachstum gespielt? Des Weiteren wäre es interessant zu untersuchen, ob durch Doha tatsächlich tief liegende Divergenzen überwunden wurden und ob der multilaterale Liberalisierungsprozess erfolgreich fortgesetzt wird. Der Stahlkonflikt könnte als Indiz dagegen gewertet

werden. Auch sind die Verhandlungen in den schwierigen neuen Bereichen auf die Zeit nach der fünften Ministerkonferenz verschoben worden. Insgesamt werden, wie *Deutsch* und *Speyer* ausführen, die Verhandlungen wohl eher schwierig bleiben.

Regionalisierung in der Welthandelspolitik

DIRK NABERS

John Ravenhill, *APEC and the Construction of Pacific Rim Regionalism*, Cambridge: Cambridge University Press 2001, 294 S., 31,00 EUR.

Die Asien-Krise entpuppte sich für die internationale Kooperation im asiatisch-pazifischen Raum als Katastrophe. Die Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) erlebte die bittersten Stunden seit ihrer Gründung im Jahre 1989, und dies, obwohl ihre Mitgliedsländer sich für 55 Prozent der globalen Produktion und 45 Prozent des globalen Handels verantwortlich zeigen.

Von den USA über Japan, Südkorea und China sowie der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN sind alle wichtigen Handelsmächte der asiatisch-pazifischen Region in diesem Forum vertreten. Während noch 1994 auf der Gipfelkonferenz in Bogor die „weitreichendste Handelsübereinkunft in der Geschichte“ (so der amerikanische Ökonom C. Fred *Bergsten*) unterzeichnet wurde, konnte als Fazit des zehnjährigen APEC-Bestehens 1999 nicht mit Sicherheit festgestellt werden, ob auch nur ein Mitglied des Forums zusätzliche Liberalisierungsschritte allein auf Grund

der Existenz der APEC durchgeführt habe.

Die Stagnation der Institution während der vergangenen Jahre ist auf ihre Reaktion auf die Asien-Krise zurückzuführen. Der große Einfluss der USA wurde dabei sehr schnell sichtbar, als die APEC-Finanzminister 1997 ein Kommuniqué unterzeichneten, nach dem allein der Internationale Währungsfonds (IWF) für die Beilegung der Krise zuständig sei. Bis zu diesem Zeitpunkt zeigten sich die meisten ostasiatischen Staaten loyal gegenüber den USA; so stellten sie sich zunächst gegen die von Japan eingebrachte Initiative eines Asiatischen Währungsfonds (AWF). Mit der Enttäuschung über die Maßnahmen des IWF wuchs jedoch auch der Protest gegen die USA und der Widerstand gegen eine Rolle der APEC zur Beilegung der Asien-Krise.

Diese Entwicklung wird in eindrucksvoller Weise in einer neueren Monographie analysiert, die der renommierte Politikwissenschaftler und Asien-Experte John *Ravenhill* von der University of Edinburgh vorgelegt hat. Darin werden die Gründung der APEC ebenso detailliert und kritisch beschrieben wie ihre institutionelle Struktur und ihre Funktionalität im Hinblick auf globale Bemühungen zur Handelsliberalisierung.

Sein Urteil ist niederschmetternd: Fortschritte bei der Liberalisierung des weltweiten Handels könne die APEC nicht vorweisen. Aus diesem Grund wurde der Schwerpunkt der Bemühungen bereits Ende der neunziger Jahre von der Handelsliberalisierung zur bloßen Handelserleichte-

rung verschoben. In der Zukunft könne es für die APEC nur darum gehen, den auf dem Gipfel in Auckland im September 1999 begonnen Weg fortzusetzen: Statt allzu sehr auf Handelserleichterungen zu setzen, müssten politische Fragen die Agenda beherrschen. Durch die Entwicklung nach dem 11. September scheint *Ravenhill* in seinen Einschätzungen bestätigt zu werden. Auf dem Gipfel in Schanghai im Herbst 2001 standen allein Fragen der Terrorismusbekämpfung auf der Tagesordnung.

Insgesamt ist das Buch in allen Teilen zu empfehlen; besonders hervorzuheben sind die theoretischen Schlussfolgerungen, die eine Mischung aus funktionalistischen und konstruktivistisch inspirierten Hypothesen darstellen. Der wichtigste Befund lautet in diesem Zusammenhang, dass die Staaten Ostasiens nach einer Dekade des „offenen Regionalismus“ unter Einbezug Nord- und Südamerikas nun wieder nach der Verwirklichung der rein „ostasiatischen Idee“ streben. Neben der empirischen Präzision besticht die Studie durch ihre theoretische Aktualität. *Ravenhill* ist einer der wenigen Autoren, die am Gegenstand einer internationalen Institution im asiatisch-pazifischen Raum versuchen, Fragen der prozessualen Dynamik von Regimebildungsverläufen und Gedanken der Gemeinschaftsbildung zu analysieren. Im Vergleich zur Europa-Forschung tat sich die politikwissenschaftliche Asien-Forschung mit diesem Anliegen lange Zeit schwer. Hier lag ein Desiderat, das nun erfüllt zu sein scheint.

Zeitschriftenschau

Neue Zeitschriftenaufsätze zur internationalen Politik

Altenburg, Günther: The North Atlantic Alliance. A strong political force for shaping euro-atlantic security, in: *Romanian Journal of International Affairs*, Bukarest. Jg. 53. 2002. Nr. 1/2. S. 144–150.

Arnold, Hans: Die EU in der UNO. Unge nutzte Möglichkeiten europäischer Welt politik, in: *Blätter für deutsche und interna tionale Politik*, Bonn. Jg. 47. Nr. 5. Mai 2002. S. 571–580.

Benner, Thorsten u.a.: Global Public Policy. Chancen und Herausforderungen ver netzten Regierens, in: *Zeitschrift für Politik*, Köln. Jg. 48. Nr. 4. Dezember 2001. S. 359–374.

Bobrow, Davis B.: A Changing American World Role?, in: *Zeitschrift für Politikwissen schaft*, Baden-Baden. Jg. 12. Nr. 1. 2002. S. 83–96.

Böckenförde, Stephan: Innere Sicherheit in den USA nach dem 11. September, in: *Euro päische Sicherheit*, Bonn. Jg. 51. Nr. 3. März 2002. S. 59–63.

Feldstein, Martin: Argentina's Fall, in: *For eign Affairs*, New York NY. Jg. 81. Nr. 2. März/April 2002. S. 8–14.

Friedberg, Aaron L.: 11 September and the Future of Sino-American Relations, in: *Survival*, London. Jg. 44. Nr. 1. Frühjahr 2002. S. 33–49.

Fuchs, Dieter und Hans-Dieter *Klingemann*: Eastward Enlargement of the European Union and the Identity of Europe, in: *West European Politics*, London. Jg. 25. Nr. 2. April 2002. S. 19–54.

Fues, Thomas: Neue Räume für Entwick lungspolitik? Die Weltkonferenzen der 1990er Jahre, in: *Welttrends*, Berlin. Nr. 33. Winter 2001/2002. S. 49–58.

Gareis, Sven Bernhard: UN-ited we stand?, in: *Information für die Truppe*, Bonn. Nr. 1. 2002. S. 4–9.

Göler, Daniel: Der Gipfel von Laeken: Erste Etappe auf dem Weg zu einer europäischen Verfassung?, in: *Integration*, Bonn. Jg. 25. Nr. 2. April 2002. S. 99–110.

Gratius, Susanne: Warum stagniert der Mer cosur?, in: *Lateinamerika Analysen*, Ham burg. Februar 2002. Nr. 1. S. 137–158.

Greenwood, Christopher: International law and the „war against terrorism“, in: *Interna tional Affairs*, Oxford. Jg. 78. Nr. 2. April 2002. S. 301–317.

Guérot, Ulrike: Frankreich in Europa, in: *Dokumente*, Bonn. Jg. 58. Nr. 1. März 2002. S. 20–23.

Halbach, Uwe: Afghanistans Nachbarschaft. Zur Entwicklung der zentralasiatischen Staaten, in: *Blätter für deutsche und interna tionale Politik*, Bonn. Jg. 47. Nr. 2. Februar 2002. S. 220–228.

Hilz, Wolfram: Neue deutsche Europapolitik?, in: *Politische Studien*, München. Jg. 53. Nr. 381. Januar/Februar 2002. S. 116–125.

Hochleimer, Erich: Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union, in: *Österreichische Militärische Zeit schrift*, Wien. Jg. 40. Mai/Juni 2002. Nr. 3. S. 267–277.

Huber, Reiner K.: Terrorismus und die Notwendigkeit einer globalen Raketenabwehr. Eine Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit Russland?, in: *Politische Studien*, München. Jg. 53. Nr. 382. März/April 2002. S. 61–70.

Hussain, Nazir: Post-Cold War Dynamics. Shift in US Defence Policy from Europe to Asia, in: *Regional Studies*, Islamabad. Jg. 20. Nr. 1. Winter 2001/2002. S. 19–32.

- Kuhlmann, Alex* und *Martin Agüera*: Die Hydra „Terrorismus“ und ihre Auswirkungen auf die globale Sicherheitspolitik, in: *Politische Studien*, München. Jg. 53. Nr. 381. Januar/Februar 2002. S. 42–55.
- Lantis, Jeffrey*: The Moral Imperative of Force. The Evolution of German Strategic Culture in Kosovo, in: *Comparative Strategy*, London. Jg. 21. Nr. 1. 2002. S. 21–46.
- Lieberthal, Kenneth*: The United States and Asia in 2001, in: *Asian Survey*, Berkeley CA. Jg. 42. Nr. 1. Januar/Februar 2002. S. 1–13.
- Lukov, Vadim*: Russia's Role in the Global Fight against Terrorism, in: *International Affairs*, Minneapolis MN. Jg. 48. Nr. 1. 2002. S. 57–63.
- Malek, Martin*: Geopolitische Veränderungen auf dem „eurasischen Schachbrett“: Russland, Zentralasien und die USA nach dem 11. September 2001, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bonn. B8. 22. Februar 2002. S. 14–22.
- Manutscharjan, Aschot*: Sicherheitspolitik im Kaukasus, in: *KAS-Auslandsinformationen*, Sankt-Augustin. Jg. 18. Nr. 3. 2002. S. 33–56.
- Martens, Stephan*: L'Allemagne et l'Europe du Sud-Est, in: *Est-Ouest*, Jg. 32. 2001. Nr. 6. (Sonderdruck)
- Martin, Randolph*: Sudan's Perfect War, in: *Foreign Affairs*, New York NY. Jg. 81. Nr. 2. März/April 2002. S. 111–127.
- Maull, Hanns W.* und *Bernhard Stahl*: Durch den Balkan nach Europa? Deutschland und Frankreich in den Jugoslawienkriegen, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Wiesbaden. Jg. 43. Nr. 1. März 2002. S. 82–111.
- Meurs, Wim van*: Der Balkan am Verhandlungstisch, in: *Europäische Rundschau*, Wien. Jg. 30. Winter 2002. Nr. 1. S. 61–71.
- Mildenberger, Markus*: Le débat sur l'Europe en Pologne, in: *Documents*, Paris. Jg. 56. Winter 2001. Numéro Spécial 2001/2002. S. 83–87.
- Missiroli, Antonio*: EU-NATO Cooperation in Crisis Management. No Turkish Delight for ESDP, in: *Security Dialogue*, London. Jg. 33. März 2002. Nr. 1. S. 9–26.
- Orlov, Boris*: Rechtsextremismus im heutigen Russland, in: *Osteuropa*, Stuttgart. Jg. 52. Nr. 3. März 2002. S. 320–334.
- Polenz, Ruprecht*: NATO, Terrorismus und eine neue Weltordnung, in: *Die politische Meinung*, München. Nr. 390. Mai 2002. S. 5–9.
- Roberts, Adam*: Counter-terrorism, Armed Force and the Laws of War, in: *Survival*, London. Jg. 44. Nr. 1. Frühling 2002. S. 7–32.
- Schneckener, Ulrich*: Making Power-Sharing Work. Lessons from Successes and Failures in Ethnic Conflict Regulation, in: *Journal of Peace Research*, London. Jg. 39. März 2002. Nr. 2. S. 203–228.
- Schöttli, Urs W.*: Quo vadis Japan? Hintergründe der gegenwärtigen Krise, in: *Schweizer Monatshefte*, Zürich. Jg. 82. Nr. 3/4. März-April 2002. S. 21–25.
- Smith, Dan*: Europe's peacebuilding hour? Past failures, future challenges, in: *Journal of International Affairs*, New York NY. Jg. 55. Nr. 2. Frühjahr 2002. S. 441–460.
- Sobieski, Thérèse*: L'Union européenne et les pays des Balkans. Le processus de stabilisation et d'association, in: *Revue du Marché Commun et de l'Union Européenne*, Paris. Nr. 458. Mai 2002. S. 299–304.
- Umland, Andreas*: Menschenrechtsschutz, Provinzpolitik und westliche Institutionen im heutigen Rußland, in: *Osteuropa Recht*, Berlin. Jg. 48. Februar 2002. Nr. 1. S. 1–27.
- Wood, Piers M.* und *Charles D. Ferguson*: How China Might Invade Taiwan, in: *Naval War College Review*, Newport RI. Jg. 54. Nr. 4. Herbst 2001. S. 55–68.
- Yost, David S.*: Transatlantic relations and peace in Europe, in: *International Affairs*, Oxford. Jg. 78. Nr. 2. April 2002. S. 277–300.

Zusammengestellt von
Verena Schrader, Bibliothek und
Dokumentationsstelle der Deutschen
Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.